

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

marktregeln@e-control.at

Wien, 18. März 2013

**Verordnung des Vorstandes der E-Control mit der die Gas-Marktmodell-Verordnung 2012
geändert wird (GMM-VO Novelle 2013)
Stellungnahme der EconGas GmbH**

Sehr geehrte Damen und Herren,

EconGas GmbH erlaubt sich, zum o. a. Verordnungsentwurf wie folgt Stellung zu nehmen:

Generell möchten wir anmerken, dass die noch sehr rudimentär vorhandenen Erfahrungen mit dem neuen Modell aus unserer Sicht nicht ausreichen, um die vorgeschlagene Änderung der Regelungen fundiert zu begründen. Darüber hinaus ist die Umstellung zu Jahresbeginn mit großem Aufwand aller Marktteilnehmer verbunden gewesen, wobei viele Aspekte noch nicht vollständig umgestellt wurden bzw. laufend vertragliche Regelungen anzupassen sind. Änderungen in derart massivem Ausmaß (wie z. B. die Anpassung der Grenze der Tagesbilanzierungskunden) sind daher zum jetzigen Zeitpunkt jedenfalls verfrüht bzw. nicht umsetzbar und belasten vor allem die Versorger zusätzlich, die einen Großteil der Lasten in Bezug auf die Versorgungssicherheit tragen.

Zum Entwurf der Verordnung , veröffentlicht auf der Webpage der ECA am 1. März 2013, im Detail:

Zu §11 – Die Renominierungsregelungen sollen nunmehr so gestaltet werden, dass auch Sub-Bilanzkonten entsprechend behandelt werden bzw. die Regelungen auf die gebuchte und nominierte feste Kapazität Anwendung finden. Im Zusammenhang mit der dadurch sehr komplexen Abwicklung von Entry – und Exit Kapazitäten möchten wir auf die entstehenden Systemkosten nicht nur bei den Systembetreibern sondern auch bei den Netznutzern und Bilanzgruppenverantwortlichen hinweisen. Mit den ebenfalls angeführten Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Bündelung von Kapazitäten wird zusätzlich die Problematik der unterschiedlichen Regelungen in angrenzenden Märkten eingebracht, weshalb wir jedenfalls dafür eintreten, diese Bündelungen nur dann zu fixieren, wenn sowohl die betroffenen Netzbetreiber

gemeinsame und operationell abwickelbare Regelungen festgelegt haben als auch die europäischen Bestimmungen (ENTSO-G CAM Code) dafür finalisiert wurden.

Zu §11, Absatz 8 – Die Festlegung „Die Nominierung von gebündelter Kapazität erfolgt durch Abgabe einer gebündelten Nominierung“ erscheint uns im Hinblick auf die bereits zuvor erwähnte Problematik der noch nicht eindeutigen Regelungen zwischen den betreffenden Netzbetreibern nicht ausreichend. Insbesondere erscheint uns die operative Konsequenz zum Begriff „gebündelte Nominierung“ klärungsbedürftig.

Zu §11, Absatz 11 – Die Bilanzgruppenverantwortlichen sind von einer Einbringung so zu informieren, dass eine Abwicklung auf Basis der aktuellen Zuweisungen erfolgen kann. Die Aussage „sind unverzüglich in Bilanzgruppen einzubringen“ scheint uns daher nicht konkret genug. Derzeit hat zudem der BGV keine gesicherte Information welche Kapazitäten seiner BG / seinen BG zugeordnet ist/sind. Die TSO's sind daher zu verpflichten, die BGV von jeder Änderung aktiv zu informieren. Erfolgt diese Information nicht, kann der BGV auch den Auflagen aus §11 im Zusammenhang mit der Nominierungs – und Renominierungsregelung nicht gesichert nachkommen.

Zu §18, Absatz 6 und 7 – Einer Anpassung der Grenze in der vorgeschlagenen Form können wir keinesfalls zustimmen. Weder liegen ausreichende Erfahrungen aus der bisherigen Abwicklung vor (bis dato gibt es nur das erste Clearing für den Jänner und Februar 2013), noch kann eine derartige Anpassung bis zum vorgesehenen Termin 1.4.2013 durchgeführt werden. ECA wird vielmehr ersucht, die BGV dahingehend zu unterstützen, dass die mangelhafte Datenverfügbarkeit ehestmöglich behoben wird. Die BGV haben aus der geltenden Verordnung weder für die bisher gültigen Grenzen ausreichend Basisinformation, um der Verpflichtung nach §18, Ziffer 4 gerecht zu werden, noch wurden die wenigen definierten Informationen von den dazu verpflichteten Systemverantwortlichen bereitgestellt. Daher konnte aus unserer Sicht auch keine entsprechende Anpassung und Verbesserung der Prognosesysteme durchgeführt werden. Eine nochmalige kurzfristige Veränderung der Grenzen muss daher solange unterbleiben, bis die Kette der verantwortlichen Datenlieferanten vollständig in der Lage ist, diese Daten zu liefern. Eine Umsetzung zum 1.4. 2013 ist daher nicht machbar (weniger als zwei Wochen zur Umsetzung, wenn die VO am 19.3 beschlossen wird). Schon eine Realisierung zum 1.10.2013 würde herausfordernd sein, aber die mindestens erforderliche Zeit zur Vorbereitung gewährleisten.

Zu §23, Absatz 1 – Die rechtzeitige Zuordnung ist uns äußerst wichtig. Zudem sind die BGV – wie schon in der Anmerkung zu §11, Abs. 11 angeführt - von der Zuordnung durch den TSO aktiv zu informieren. Die im letzten Satz angeführte Verpflichtung eines Netzbienutzers zur Mitgliedschaft in der BG in die er Kapazitäten einbringt, hat bereits vor Einführung des neuen Marktmodells im Dezember 2012 zu intensiven Diskussionen mit Netzbienutzern geführt, die ausschließlich Handelsaktivitäten mit damit verbundenen Entry und Exit Kapazitäten durchführen. Die hier erfolgte Festlegung müsste zwangsweise zum Abschluss eines unmittelbaren Mitgliedschaftsvertrages für de facto alle Netzbienutzer mit allen Bilanzgruppenverantwortlichen führen. Dies erscheint angesichts der ausschließlich für die Kapazitätsabwicklung erfolgenden Einbringung unverhältnismäßig. Es sollte daher eine einfachere und praktikablere Form der Kapazitätseinbringung in Bilanzgruppen möglich sein, da in einem solchen Fall die generellen Rechte und Pflichten eines unmittelbaren Mitgliedes nur zu einem geringen Ausmaß relevant sind.

Zu §25, Absatz 4, Ziffer 2 - Die Verbesserung bzw. Klarstellung begrüßen wir grundsätzlich; ergänzen möchten wir aber, dass die Anforderung nach einer weiteren Aufteilung auf



Verteilernetzbetreiber besteht. Zudem muss die Information auch tatsächlich weitergegeben werden, was derzeit nicht der Fall ist.

Zu §25, Absatz 8, Ziffer 3 – Wir ersuchen um Aufnahme des Bilanzgruppenverantwortlichen in die Aufzählung der Empfänger der Messdaten für Netzbenutzer mit Lastprofilzähler.

Zu §26 – In Ergänzung der vorgeschlagenen Anpassung ersuchen wir um Festlegung, dass die Prüfung der Bilanzierung operativ so durchgeführt wird, dass die Tagesbilanz erst 2h vor dem Wirksamwerden einer Änderung geprüft wird. Dies deshalb, um die durch die derzeitige Vorgangsweise verursachten unnötigen und ineffizienten Imbalance Mitteilungen zu vermeiden und den Handel am OTC Markt dahingehend zu unterstützen, dass Handelspartner unabhängig voneinander – entsprechend den jeweils definierten Prozessen – Handelsgeschäfte nominieren können.

Zu §28, Absatz 2 – Wir begrüßen diese Festlegung ausdrücklich, leider funktioniert die Informationsweitergabe nicht einmal auf Basis der derzeit gültigen Regelung, daher ist eine Änderung ab 1.4.2013 zwar regulatorisch wirksam, bringt aber aus operativer Sicht bei Beibehaltung des tatsächlichen status quo keine Verbesserungen.

Zu §32, Absatz 2 – Die Änderung der Anreize aus den ersten Erfahrungen beim ersten Clearing abzuleiten ist aus unserer Sicht sehr verfrüht. Ein Anreiz für eine gute Prognose sollte jedenfalls gegeben sein. Allerdings unter der Voraussetzung, dass die notwendigen Daten den BGV verfügbar sind. Die angedachte Maßnahme ist jedenfalls nicht geeignet die Situation bezüglich des korrekten und ausreichenden Informationstransfers nachhaltig zu verbessern und stellt auch keinen Anreiz dar, ausgeglichen zu bilanzieren.

Zu §32, Absatz 6 – Wenn die Überdeckung auf ein Umlagekonto fließt, und für zukünftige Unterdeckungen herangezogen wird, sollte klar sein, wie das erfolgt, also z. B. wie viele Clearingperioden werden zugrunde gelegt, was geschieht wenn über einen längeren Zeitraum nur überdeckt ist, etc.

Für Rückfragen zu unserer Stellungnahme steht Ihnen Herr Johann Breitenfelder (johann.breitenfelder@eongas.com; DW 8400) gerne zu Verfügung.

Wir ersuchen um entsprechende Berücksichtigung und verbleiben

mit freundlichen Grüßen

EconGas GmbH